

## Slowenien

IRENA BRINAR

Das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben Sloweniens wurde im zurückliegenden Jahr vom Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit der EU, dem Referendum zum EU- und Nato-Beitritt und dem Konvent zur Zukunft Europas bestimmt.

Auf dem Treffen des Europäischen Rats am 13. Dezember 2002 in Kopenhagen konnte Slowenien seine Verhandlungen über Finanz- und Haushaltsfragen und damit auch über den Beitritt abschließen. Damit gelang ein als sehr positiv empfundener Kompromiss zwischen slowenischen Interessen und den Forderungen des *acquis communautaire*. Der erzielte Kompromiss des Finanzpakets ist für Slowenien kurz- wie langfristig vorteilhaft. Im landwirtschaftlichen Bereich wurde eine Kombinationslösung von Zahlungen aus dem nationalen Haushalt wie aus dem EU-Budget erreicht. Von 2007 an sollen die slowenischen Landwirte die gleichen Beihilfen wie die Landwirte in den alten Mitgliedsländern bekommen. Die zugestanden Quoten liegen alle über dem aktuellen Produktionsniveau und garantieren damit eine solide Basis für die weitere Entwicklung des Agrarsektors. Darüber hinaus soll ein Finanzpaket zur Entwicklung des ländlichen Raums von 250 Mio. Euro im Zeitraum 2004-2006 eine kontinuierliche Restrukturierung voranbringen. Die Erfolge in den Verhandlungen sichern damit die aktuellen wirtschaftlichen Besitzstände der slowenischen Landwirte und eine vorteilhafte Position bei zukünftigen Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik. Im Bereich der Regional- und Strukturpolitik wurden Slowenien in den Verhandlungen für den Zeitraum 2004-2006 404 Mio. Euro zugestanden: 236 Mio. aus dem Strukturfonds und 168 Mio. aus dem Kohäsionsfonds. Die EU gestand auch zu, einen Teil der Kosten des Aufbaus und des Unterhalts der slowenischen Schengen-Grenze zu übernehmen und wird dazu 107 Mio. im Zeitraum 2004-2006 bereitstellen. Dieser Betrag wird 45% der Kosten abdecken. Damit ist das slowenische Ziel einer Nettoempfängerposition voll erfüllt worden. Im Zeitraum 2004-2006 hat die EU Slowenien netto 234 Mio. Euro zugestanden. Damit erhält Slowenien als Nettoempfänger jedes Jahr 85 Mio. Euro, für 2003 sind nur 45 Mio. Euro vorgesehen. Dies wird sich nicht nur positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung Sloweniens auswirken, sondern legt auch eine solide Basis für den zukünftigen Status als Nettoempfänger in den kommenden Finanzierungsperioden. Zweifellos würde dies eine im Verhältnis zu den anderen Mitgliedstaaten der erweiterten Union angemessene Lösung für Slowenien darstellen und zusätzlich noch zu einer langfristigen Stabilisierung der öffentlichen Finanzen des Landes beitragen.

## DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Obwohl der Regelmäßige Fortschrittsbericht der Kommission vom 11. März 2003 für Slowenien sehr erfreulich war (mit Ausnahme Sloweniens lagen alle anderen Beitrittsländer bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zurück), kann doch nicht davon ausgegangen werden, dass Slowenien keinen Schwierigkeiten entgegensehen würde. Obwohl Slowenien sich dazu verpflichtet hat, seine Gesetzgebung vollständig bis zum 1. Januar 2003 auf den Acquis abzustimmen, ist dies doch nicht vollständig gelungen – bis Dezember 2002 galt dies nur für 68% der Gesetzgebung. Auf der Ebene des sekundären Verwaltungsrechts wurde diese Verspätung u.a. in den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt, Freiheit von Waren, Kapital und Dienstleistungen, Transport, Verbraucherschutz und Steuern verursacht. Auch drückte die Kommission in ihrem Bericht im Juli 2003<sup>1</sup> ihre Besorgnis darüber aus, dass Slowenien in der Gefahr schwebt, die Mittel aus den Struktur- und Kohäsionsfonds nicht abrufen zu können. Die Kommission warnt, dass sie nicht in der Lage sein wird, die Gemeinschaftsgelder zum 1. Januar 2004 freizugeben, falls nicht bis zum 31. Dezember 2003 alle Rechtsvorschriften umgesetzt sind. Zur Zeit erfüllt Slowenien die Kriterien nicht und die Zeit läuft ab. Wenn es Slowenien nicht rasch gelingt aufzuholen, kann es passieren, dass Slowenien am Ende statt als Nettoempfänger als Nettozahler dasteht.

Wie auch Anfang der neunziger Jahre die Unabhängigkeit des Landes unstrittig war, so wird heute der EU-Beitritt von einem breiten Konsens getragen. Im Prinzip lehnt keine der Parteien den Kurs auf die EU ab. Es existiert sogar ein Abkommen zwischen allen im Parlament vertretenen Parteien, ausgenommen der kleinen slowenischen Nationalpartei, das die Zusammenarbeit in Beitrittsfragen regelt.<sup>2</sup> Die Übereinstimmung in der Beitrittsfrage kontrastiert auf fast schon paradoxe Weise die Zerstrittenheit der slowenischen Parteien in innenpolitischen Fragen. Der weitere Ratifizierungsprozess des Beitrittsabkommens erscheint daher unproblematisch. Die Übereinstimmung der Parteien in dieser Frage erhielt mit der breiten Zustimmung durch die slowenischen Wähler im Referendum zum Beitritt eine klare Bestätigung. Durch die hohe Transparenz der Verhandlungen, auf die die Regierung und das Verhandlungsteam großen Wert legten und die allgemeine Anerkennung fand, war die slowenische Öffentlichkeit immer auf dem neuesten Stand des Verhandlungsverlaufs und seiner Ergebnisse. Dem wird ein gewichtiger Einfluss auf den Ausgang des Referendums zugeschrieben. Das Referendum fand am 23. März 2003 statt. 89,64% der abgegebenen Stimmen waren für den Beitritt. Die Wahlbeteiligung lag bei 60,4%.

Der slowenischen Europadebatte mangelt es, wie in den anderen Beitrittsländern auch, an einer überzeugenden, langfristigen Vision für Europa. Im Konvent gab es zwischen der slowenischen Regierung und dem Parlament keine Auseinandersetzung. Sie vertraten grundsätzlich eine einheitliche Linie und äußerten sich zu vielen Punkten gar nicht. Auch gab es keine einheitlichen Papiere, in denen eine slowenische Position zur Zukunft der EU dargestellt worden wäre, wie sie beispielsweise die tschechische Regierung vorlegte.<sup>3</sup> Das bedeutet jedoch nicht, dass Slowenien der zukünftigen institutionellen Architektur der erweiterten Union indifferent gegenüberstehen würde. Einige grundsätzliche Faktoren prägten die slowe-

nischen Beiträge zum Konvent: Slowenien als kleines Land, ein Neuling, eines der reichsten Beitrittsländer, das bald ein Nettozahler werden könnte, ein Land mit winzigem, aber sensiblen Agrarsektor – ein Land ohne klare Vorstellung über seinen zukünftigen Beitrag zum Integrationsprozess.

Der positive Beitrag der slowenischen Mitglieder zum Konvent wurde besonders in der ersten Runde bis Ende 2002 geleistet. Während dieser Zeit wurde die Mehrheit der slowenischen Stellungnahmen verfasst, darunter besonders die von Matjaz Nahtigal, dem damaligen Vertreter der Regierung, und Slavko Gaber, dem damaligen Vertreter des Parlaments.<sup>4</sup> Slowenien trat sonst vor allem über die Person von Alojz Peterle in Erscheinung, der die Beitrittskandidaten im Präsidium des Konvents repräsentierte. Mit dem Amtsantritt der neuen Regierung wurden die beiden slowenischen Vertreter im Konvent ausgetauscht. Mihael Brejc löste Slavko Gaber ab und Dimitrij Rupel vertrat anstelle von Matjaz Nahtigal die Regierung. Verglichen mit den anderen Beitrittsländern liegt der slowenische Beitrag zum Konvent unter dem Durchschnitt und spiegelt die innerslowenische Debatte zum Konvent wider.<sup>5</sup>

Im vergangenen Jahr veränderte sich die Wahrnehmung der EU und die Rolle Sloweniens im Integrationsprozess dahingehend, dass sich nun nicht mehr Slowenien auf einen gegebenen Integrationskontext einzustellen hatte, sondern zu einem Land wurde, das sich an der Gestaltung der Zukunft der EU beteiligte. Dazu wurde das Forum zur Zukunft Europas eingerichtet, das sich am vom Konvent eröffneten Forum zur Einbindung einer breiten Öffentlichkeit orientierte. Trotz einer breiten Beteiligung der Interessenverbände erhielt der Konvent in der slowenischen Öffentlichkeit bis vor kurzem nur ein geringes Echo. Die Berichterstattung setzt erst nach dem Referendum am 23. März 2003 ein, das bis dahin die europapolitische Berichterstattung dominiert hatte. Eine der wichtigsten Fragen des slowenischen Forums zur Zukunft der EU war die Frage nach der Identität.<sup>6</sup> So soll die EU zu Erhalt und Entwicklung nationaler, sprachlicher<sup>7</sup> und kultureller Unterschiede und damit auch zur Sicherung der Identität der europäischen Nationen beitragen. Zur Sicherung der Legitimität der zukünftigen europäischen Ordnung hält Slowenien die Beibehaltung der Gleichberechtigung von großen und kleinen Staaten für unerlässlich. Die Überrepräsentation der kleinen Staaten sei notwendig, um die volle Gleichberechtigung zu garantieren („positive Diskriminierung“). Die Gleichberechtigung zwischen neuen und alten Mitgliedern soll die Legitimität des europäischen Projekts gewährleisten.<sup>8</sup>

Slowenien wird als ein integrationsfreundliches zukünftiges Mitglied gesehen. Die generell europafreundliche Linie wird eingeschränkt durch gewisse Vorbehalte, was nationale Souveränität und Identität angeht. Im Vergleich mit seinen Vertretern im Konvent ist die Öffentlichkeit etwas skeptischer eingestellt. Es sollte betont werden, dass keinerlei „extreme“ Positionen von Slowenien im Konvent vertreten wurden. Seine Position blieb im von der Gruppe der 18 kleinen und mittleren Staaten<sup>9</sup> vorgegebenen Rahmen. Hinsichtlich der institutionellen Reformen lag die Position Sloweniens nahe bei der der Kommission<sup>10</sup> und der Benelux-Staaten<sup>11</sup>. Als kleines Land war Slowenien besonders besorgt um die Position der kleinen Staaten im

Entscheidungsprozess. Slowenien trat dafür ein, die Reform der Institutionen so auszuführen, dass das Gleichgewicht auf allen Ebenen gewahrt bleiben würde: unter den EU-Organen, zwischen den EU-Organen und den Mitgliedstaaten und unter den Mitgliedstaaten, besonders zwischen den großen und kleinen. Eine klare Kompetenzabgrenzung innerhalb der erweiterten Union soll die Glaubwürdigkeit der Institutionen und ihr demokratisches, effektives und ausgeglichenes Funktionieren gewährleisten. Slowenien betont die Bedeutung der nationalen Parlamente, jedoch nicht auf der europäischen Ebene. Die Rolle der nationalen Parlamente sollte vielmehr im eigenen Land über eine verbesserte parlamentarische Kontrolle gestärkt werden. Dadurch soll auch mehr Transparenz in den Brüsseler Entscheidungsprozess gebracht werden.

### Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbato, M.A., Ludwig-Maximilians-Universität München.

- 1 Communication from the Commission on the implementation of commitments undertaken by the acceding countries in the context of accession negotiations on Chapter 21 – Regional Policy and Coordination of Structural Instruments, COM(2003)433 final.
- 2 Übereinkunft zur Zusammenarbeit bei Beitritt der Republik Slowenien zur EU, unterzeichnet am 3. Juli 1997 (Sporazum o sodelovanju pri vstopanju Republike Slovenije v Evropsko zvezo z dne 3. julija 1997). Das Abkommen wurde nicht veröffentlicht.
- 3 David Kral, „Czech non-paper on the institutional structure“, vorgestellt auf dem EPIN-Treffen in Prag, Europäisches Institut für Europapolitik, am 24. Januar 2003.
- 4 Sie schrieben sieben der zwanzig Beiträge, die auf der Webseite des Slowenischen Forums zur Zukunft der EU veröffentlicht wurden. Die anderen Beiträge verfassten Dimitrij Rupel (4), Alojz Peterle (3), Mihel Brejc (2), Feri Horvat (2) und Jelko Kacin (1): <http://evropa.gov.si/aktualno/teme/2002-02-07/govori-clanki/#forum>.
- 5 Auf der Webseite des Konvents wurde nur drei Beiträge veröffentlicht und alle drei stammen

aus der Feder des Außenministers Dimitrij Rupel, [http://europa.eu.int/futurum/congov\\_bis\\_en.htm#slovenia](http://europa.eu.int/futurum/congov_bis_en.htm#slovenia).

- 6 Vgl. <http://evropa.gov.si/>
- 7 Außenminister Dimitrij Rupel schlug eine Veränderung zu Artikel 3 vor, der neben der kulturellen Vielfalt auch die sprachliche Vielfalt erwähnen sollte, 27 February 2003, <http://evropa.gov.si/aktualno/teme/2002-02-27/govori-clanki/govor-rupel-02/>.
- 8 Slavko Gaber, Vertreter des Parlaments im Konvent, „For a strong, democratic and tolerant Europe“, Delo, 6. 4. 2002, <http://evropa.gov.si/aktualno/teme/2002-02-27/govori-clanki/clanek-gaber/>
- 9 <http://register.consilium.eu.int/pdf/fr/03/cv00/cv00732fr03.pdf>. Dennoch sollte darauf hingewiesen werden, dass die Konfliktlinie nicht zwischen kleinen und großen Staaten, sondern zwischen integrationsoffenen und integrations skeptischen Staaten verläuft.
- 10 Weißbuch zum Europäischen Regieren, COM(2001) 428 final.
- 11 Memorandum der Beneluxstaaten, „A balanced institutional framework for an enlarged, more effective and more transparent Union“, Brüssel 4.12.2002, [http://europa.eu.int/futurum/documents/press/oth041202\\_en.htm](http://europa.eu.int/futurum/documents/press/oth041202_en.htm)